

Hannoversche Allgemeine Zeitung
11. November 1983

Wesertal-Ertrag durch Grohnde-Verlust geschmälert

Eigener Bericht

e. Hannover

Die Elektrizitätswerk Wesertal GmbH in Hameln hat ihre Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 1982 um 26,65 Millionen DM auf 420,46 Mill. DM (ohne Ausgleichsabgabe nach dem Verstromungsgesetz) steigern können. Wie der Pflichtveröffentlichung des Unternehmens im Bundesanzeiger zu entnehmen ist, wurde die Ertragslage durch die Übernahme eines Verlustes von 21,66 (Vorjahr: 16,42) Mill. DM beeinträchtigt. Wesertal muß als Anteilseignerin die Kosten für das noch nicht in Betrieb genommene Kernkraftwerk Grohnde mittragen.

Wie aus dem Bundesanzeiger weiter hervorgeht, betrug der Jahresüberschuß bei Wesertal 1982 rund 5,12 (1,98) Mill. DM. Allerdings fiel der Bilanzgewinn mit 5,95 (6,53) Mill. DM etwas geringer aus als im Vorjahr, weil der Gewinnvortrag nur noch 0,83 Mill. DM nach 4,55 Mill. DM betrug. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt bei unverändert 70 Mill. DM Stammkapital 108,42 (104,45) Mill. DM.

Druckprobe in Grohnde verlief erfolgreich

Hannover (lni/r.)

Die Druckprobe der Rohrleitungen und Komponenten des nuklearen Dampferzeugersystems des Kernkraftwerks Grohnde, an dem die Preußenelektra und die Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH zu gleichen Teilen beteiligt sind, ist am vergangenen Sonntag erfolgreich abgeschlossen worden. Wie die Preußenelektra erst am Mittwoch mitteilte, seien dabei alle Anschluß- und Verbindungsschweißnähte untersucht und deren Druckfestigkeit und Dichtheit nachgewiesen worden. Mit der Unterzeichnung der Prüfdokumente durch den TÜV Hannover sei diese Einrichtungsphase des 1300-Megawatt-Druckwasserreaktors abgeschlossen und eine wichtige Voraussetzung für die weitere Inbetriebsetzung geschaffen worden.

Das geprüfte nukleare Dampferzeugungssystem umfaßt auch den Reaktordruckbehälter, der die Brennstäbe umschließt, die Hauptkühlmittelpumpen, die Dampferzeuger, den Druckhalter sowie die verbindenden Rohrleitungen. Die kugelförmige Reaktorsicherheitshülle war bereits im Sommer 1982 erfolgreich einer Druckprobe unterzogen worden.

Atomkraftwerk bestand Test

GROHNDE (ap) Das Kernkraftwerk Grohnde an der Weser hat seine erste große Bewährungsprobe bestanden. Wie die Herstellerfirma Kraftwerk Union in Offenbach mitteilte, haben sich bei der Druckprobe des Dampferzeugungssystems keine Fehler an den Anschluß- und Verbindungsschweißnähten gezeigt.

Bei diesem wichtigsten Test eines jeden Kernkraftwerks in der Bauendphase mußten in Grohnde der Reaktor-druckbehälter, der später einmal die Uranbrennstäbe aufnehmen soll, die Hauptkühlmittelpumpen, die Dampferzeuger, der Druckhalter und alle verbindenden Rohrleitungen einem Druck von 227,5 bar standhalten.

Der Betriebsdruck des 1300-Megawatt-Reaktors wird nur bei 158 bar liegen.

77 10.11.83

Klage gegen das AKW Grohnde gekauft
**Preußenelektra zahlt 15 Mio.
Mark Schweigegeld**

Hannover (taz) - Wie aus dem gestrigen Hintergrundbericht der taz bereits zu erahnen war, hat die Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH, eine 50%ige Tochter der Preußenelektra, ihren Rechtsstreit mit den Arzneimittelfirmen Dr. Paul Lohmann GmbH KG und Lomapharm Rudolf Lohmann GmbH KG außergerichtlich „beigelegt“: „Die Preußenelektra zahlt den Gebrüder Lohmann, deren Firmen anderthalb Kilometer vom künftigen AKW entfernt liegen, 15 Mio. Mark; die Lohmann-Brüder haben dafür ihre Klage gegen das AKW zurückgezogen, die schon 1977 zu einem 16-monatigen Baustopp geführt hatten, und sich verpflichtet, auf die Erörterung der den Prozeß beherrschenden Gesundheitsfragen zu verzichten.

Ein entsprechender Vertrag, der erst jetzt durch eine Veröffentlichung der Zeitschrift „Natur“ bekannt geworden ist, wurde bereits am 9. September 1982 geschlossen. Fünf Mio. Mark erhielten die Lohmann-

Brüder sofort, die restlichen 10 Mio. Mark sind bei Inbetriebnahme des AKW fällig, die für 1984 vorgesehen ist und der - nachdem auch die Stadt Hameln, die Gemeinde Emmerthal und der Landkreis Hameln-Pyrmont ihre Klagen zurückgezogen haben - mit Ausnahme zweier Klagen von Privatpersonen juristisch nichts mehr im Wege steht. Eine solche Schweigegeldzahlung ist im § 9b des Atomgesetzes ausdrücklich vorgesehen. Dort heißt es: „Treten... nachteilige Wirkungen auf das Recht eines anderen ein, die durch... Auflagen weder verhütet noch ausgeglichen werden können, so ist der Betroffene für den dadurch entstehenden Vermögensnachteil in Geld zu entschädigen“. Nachteilige Wirkungen sind in diesem Fall überhöhte Strahlungsbelastungen, die die Lohmann-Arzneimittel verseuchen könnten. Eine solche Möglichkeit hat die Preußenelektra gegenüber der taz ausdrücklich eingeräumt. (Siehe auch taz vom 13.10. „Kommt Geld, kommt Sicherheit“.) gb

Klage zurückgezogen: Firmen bei Grohnde erhalten 15 Mill. Mark

hl. Hannover

Insgesamt 15 Millionen Mark werden zwei Arzneimittelfirmen aus Emmerthal bei Hameln erhalten, weil sie ihre Klage gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde zurückgezogen haben. Dies hat das an dem Kernkraftwerk beteiligte Stromversorgungsunternehmen Preußenelektra am Donnerstag in Hannover bestätigt. Die beiden Pharmafirmen Dr. Paul Lohmann GmbH KG und Lomapharm Rudolf Lohmann GmbH KG liegen rund einen Kilometer vom entstehenden Kraftwerk entfernt. Sie hatten im Juni 1977 vor dem Verwaltungsgericht Hannover einen Baustopp der Atomanlage mit dem Argument erreicht, daß radioaktive Teilchen aus dem Kraftwerk in ihre Produkte gelangen könnten. Fast zwei Jahre später hob das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg den Baustopp wieder auf, verfügte aber „ergänzende Untersuchungen zur Klärung der noch offenen Sachlage“.

Nach Darstellung der Preußenelektra hat der Baustopp die Kosten für das Kraftwerk um 1,8 Milliarden Mark ansteigen lassen. Ein im August 1982 zwischen den Lohmann-Firmen und der Preußenelektra geschlossener Vergleich sieht vor, daß die Brüder Lohmann ihre Klage zurückziehen. Dafür zahlte die Preußenelektra bei Vertragsabschluß fünf Millionen Mark. Die restlichen zehn Millionen sind bei Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes – voraussichtlich Anfang 1985 – fällig.

Mit diesem Geld wollen die Lohmann-Firmen zusätzliche Luftfilter und ein neues Grundwasser-Versorgungsnetz finanzieren. Ein Firmensprecher sagte, man hoffe, auf diese Weise eine übermäßige Strahlenbelastung der Erzeugnisse ausschließen zu können und letztlich auch die 360 Arbeitsplätze in den beiden Betrieben zu sichern.

15 Millionen Mark für Grohnde-Kläger

Vergleich zwischen zwei Arzneimittelfirmen und der Preußenelektra 32 14.10.83

Hannover (dpa) Zwei Arzneimittelfirmen, die im vergangenen August ihre Klage gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde zurückzogen, haben von der zu 50 Prozent an dem Kraftwerk beteiligten Preußenelektra 15 Millionen Mark erhalten. Eine Sprecherin der Preußenelektra bestätigte am Donnerstag auf Anfrage, daß am 9. August 1982 ein entsprechender Vergleich zwischen den Pharma-Firmen Dr. Paul Lohmann GmbH und der Lomapharma GmbH sowie der Preußenelektra geschlossen wurde.

Nach Angaben der Pharma-Firmen wurden fünf Millionen Mark bereits mit Vertragsabschluß gezahlt. Die restlichen zehn Millionen Mark seien mit Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes — mit der Anfang 1985 gerechnet wird — fällig.

Die in Emmenthal bei Grohnde

(Kreis Hameln-Pyrmont) — etwa tausend Meter vom geplanten Kraftwerk entfernt — ansässigen Pharma-Firmen hatten 1977 gegen das Grohnde-Projekt Einspruch erhoben. Sie fürchteten, die Arzneimittel könnten durch in der Nähe des Kraftwerkes sowohl über die Luft als auch über Wasser übermäßig strahlenbelastet werden und somit nicht mehr den Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes entsprechen. Sie untermauerten dies mit einem Gutachten, das — im Gegensatz zu einem Gutachten der künftigen Betreiber des Kraftwerkes — eine Überschreitung der zulässigen Strahlenbelastung von dreißig Milligramm pro Jahr nicht ausschloß.

Das Verwaltungsgericht Hannover verhängte im Juni 1977 einen Baustopp, der im Februar 1979 vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg

(OVG) wieder aufgehoben wurde. Diese Entscheidung wurde aber mit der Auflage verbunden, „unverzüglich ergänzende Untersuchungen zur Klärung der noch offenen Sachlage“ einzuleiten.

Schließlich zogen die Pharma-Firmen die Klage gegen die Kraftwerksbetreiber — neben der Preußenelektra sind die Stadtwerke Bielefeld, die Elektrizitätswerke Minden und die Weserthal GmbH an dem Projekt beteiligt — zurück. Die Preußenelektra, der nach ihren Angaben durch den Baustopp Mehrkosten in Höhe von 1,8 Milliarden Mark entstanden, verpflichtete sich dagegen zur Zahlung der 15 Millionen Mark, die unter anderem für zusätzliche Filteranlagen sowie eine Luft-Meßstation auf dem Lohmann-Gelände verwendet werden sollen.

Von der wundersamen „Erledigung“ der Klagen gegen das AKW Grohnde

Kommt Geld — kommt Sicherheit

Hannover (taz) Mit der Zahlung von 15 Millionen Mark an die Arzneimittel-Firmen Lohmann sind die wesentlichen juristischen Hürden für die Inbetriebnahme des AKW Grohnde aus dem Weg geräumt. Die Sicherheitsbedenken wurden dadurch eher bestärkt.

Die Front der Kläger gegen das AKW Grohnde war eindrucksvoll: Die Stadt Hameln klagte gegen alles, die Gemeinde Emmerthal gegen vier Teilerichtungs-genehmigungen, der Landkreis Hameln-Pyrmont protestierte gegen das Kompakt-lager für abgebrannte Brennstäbe im AKW, zwei Privatleute schlossen sich an, und die beiden Lohmann-Arzneimittelfirmen marschierten mit der Begründung durch die Instanzen, die radioaktiven Emissionen des AKW könnten ihre Pharma-maka so stark verseuchen, daß ihre „Herstellung in erheblichem Umfang gefährdet bzw. unmöglich gemacht wird und damit die Existenz der beiden Pharma-Unternehmen gefährdet“ wird.

Die Lohmann-Klage war die aussichtsreichste: Da Lohmann-Gutachter nachgewiesen hatten, daß das AKW eine so hohe Strahlenbelastung der Lohmann-Pillen verursachen könnte, daß Konsumenten mehr als den zulässigen 30 Millirem pro Jahr ausgesetzt würden, hatte das Verwaltungsgericht Hannover im Juni 1977 einen Baustop für das AKW verfügt. Das OVG Lüneburg hob zwar im Februar 1979 den Baustop wieder auf, verlangte aber vom Kraftwerksbetreiber „unverzüglich ergänzende Untersuchungen zur Klärung der noch offenen Sachfragen“ — andernfalls könne eine Betriebsgenehmigung nicht erteilt werden.

Die Ängste der Brüder Lohmann waren durchaus real: Radioaktive Teilchen könnten sowohl über die Außenluft, die in sehr hohen Mengen zur Trocknung der Präparate benötigt wird, als auch über das Wasser in die Arzneimittel gelangen, das Lohmann unweit der Einleitungsstelle für die AKW-Abwässer der Weser entnimmt. Die Lohmann-Kunden nahmen diese Möglichkeit jedenfalls ernst: zwei der Hauptabnehmer kündigten 1978 bzw. 1980 an, sie würden sich wegen der ungewissen „zukünftigen Versorgungssituation“ nach anderen Lieferanten umsehen. Der eine setzte das bereits in die Tat um. Für die Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH, die zu 50% von der Preußenelektra und zu je einem Sechstel von den Stadtwerken Bielefeld, den Elektrizitätswerken Minden/Ravensberg und der Weserthal GmbH gehalten werden, war die Klage vor allem ein finanzielles Problem: 1,8 Milliarden hatte angeblich bereits der Baustop gekostet, eine Verzögerung der Inbetriebnahme würde außerdem monatlich weitere 40 Millionen (für Ersatzstrombeschaffung) kosten. Es war also Eile geboten.

Die Bauarbeiten in Grohnde sind abgeschlossen, derzeit werden die Aggregate erprobt, noch in diesem Monat sollen nach internen Informationen die Brennelemente angeliefert werden. Verbaut worden sind gute 3 Milliarden Mark, wovon übrigens nach letzten Angaben der Preußenelektra 86 Millionen — also weniger als drei Prozent — in die regionale Wirtschaft geflossen sind.

Emmerthal wird Großstadt

Profitiert hat davon vor allem die Gemeinde Emmerthal, auf deren Gebiet das AKW liegt. Wer zuletzt bei der großen Demonstration 1977 in Emmerthal war, wird den Ort heute nicht wiedererkennen: Am neuen Supermarkt und dem neuen Polizeigebäude, am neuen Hallenbad und dem neuen Wohnviertel für die künftigen AKW-Mitarbeiter vorbei, wo gar noch eine verkehrsberuhigte Zone entstehen soll, gelangt man auf die neue Umgehungsstraße, an der eine Bürgerinitiative Unterschriften sammelt: für den Bau eines Lärmschutzwalls. Die Anti-AKW-Initiativen sind zerfallen oder ausgelastet mit der Arbeit im Gemeinderat, in dem seit 1981 zwei ihrer Vertreter sitzen. Die ehemaligen Aktivisten sind resigniert. Die Klagen gegen das AKW waren zur letzten Hoffnung geworden.

„Man hat uns das Kernkraftwerk hier hingesetzt, ohne uns zu fragen“, donnerte zum Beispiel Bürgermeister Fritz Saacke (CDU), der sich in seiner Eigenschaft als Landrat schon 1969 für das AKW als Wirtschaftsentwicklungsprojekt eingesetzt und als Aufsichtsratsmitglied der Wesertal GmbH seinen Bau mitbeschlossen hatte. (Landtagsmitglied und Hofbesitzer ist er außerdem noch.)

„Als Staatsbürger haben wir diese Entscheidung hingenommen. Nun aber auch noch das Entsorgungsproblem auf unserem Rücken auszutragen, halte ich für ungerechtfertigt“, ließ sich Saacke vernehmen, als die Betreiber das Kompaktlager im AKW beantragten. Am 10.1.1983 beschloß der Gemeinderat durchaus aussichtsreich, gegen das Kompaktlager zu klagen, am 27.1. stieß der Verwaltungsausschuß des Gemeinderates den Beschluß wieder um: Ein Rechtsgutachten hatte festgestellt, daß „der Bevölkerungsschutz keine der Gemeinde zustehende Angelegenheit“ sei.

Es blieben immerhin noch die Klagen der Gemeinde gegen die 3., 4. und 6. Teilerichtungs-genehmigung. Die behandelte der Verwaltungsausschuß am 16. Mai und beschloß nach Rücksprache mit der Stadt Hameln, sie „mangels Erfolgsaussichten und aus Kostengründen“ zurückzuziehen. Die Kostengründe waren sehr handfest: Der neue Kindergarten wird zu 50% von den AKW-Betreibern bezahlt, die sich auch am neuen Hallenbad beteiligt haben. Grohnde hat von den Betreibern einen

Tanklöschzug für die Wasserversorgung bekommen, der Feuerwehrchef freut sich über eine neue Drehleiter („für Hochhäuser“). Die Gewerbesteuereinnahmen sind dank der 2.000 Arbeiter auf der AKW-Baustelle sprunghaft gestiegen, so daß Emmerthal trotz hoher Investitionen eine Pro-Kopf-Verschuldung von ganzen 445 DM (Hannover: 4.250 DM) hat. Und daß etliche Gelder auch unter dem Tisch verteilt wurden, erzählt einem in Emmerthal jeder. Mit Ausnahme des Bürgermeisters. Der Landkreis hatte zu diesem Zeitpunkt auf eine Klageerhebung bereits verzichtet, die Stadt Hameln alle Klage zurückgezogen, obwohl auch sie dank eines Katastrophen-Gutachtens gute Aussichten hatte. Bei einem Kernschmelzunfall wie in Harrisburg, so hatte das Heidelberger IFEU im Auftrag der Stadt errechnet, müßten die in Hameln vorhandenen 71 Busse und 11.000 PKWs binnen 70 Minuten an einem Sammelplatz vorfahren, dort beladen werden und die Stadt verlassen. Erfolgt eine Evakuierung nicht, wäre (bei kurzfristiger Strahlenbelastung mit 400 rem) mit 55.000 Toten zu rechnen. Der Stadtdirektor verbot die Veröffentlichung des Gutachtens. Hameln hat 60.000 Einwohner.

„Nachteilige Wirkungen“

Mit dem Lohmann-Vergleich ist zum ersten Mal offiziell bestätigt worden, auf welche Weise die wundersame Reduzierung der Klageflut auf nunmehr nur noch zwei Privatklagen realisiert wurde. Die Lohmann-Firmen (360 Mitarbeiter, Jahresumsatz etwa 70 Millionen) fühlen sich trotz des Schweigegeldes von 15 Millionen immer noch geschädigt: Zur Sicherung gegen Radioaktivität müßten sie nämlich jetzt zusätzliche Außenluftfilter einbauen, eine Meßstation errichten, die Fertigprodukte laufend überprüfen und vorsorglich im Zweigwerk Lüneburg Reservekapazitäten schaffen. Und das allein, rechnet Firmenchef Dr. Hans-Joachim Lohmann vor, koste 12,2 Millionen Mark, während ihm von den 15 Vergleichsmillionen nach Abzug der Steuern ganze 7,5 Millionen bleiben. (Vielleicht hat ja der eine oder andere taz-Leser eine Spende für den Gebeutelten übrig.)

Für die Preußenelektra ist der Fall eine Routine-Angelegenheit: 15 Millionen sind nicht die Welt, wo schon die Baustellensicherung 30 Millionen verschlungen hat. Felix Schüler, Leiter des Vorstandsbüros,

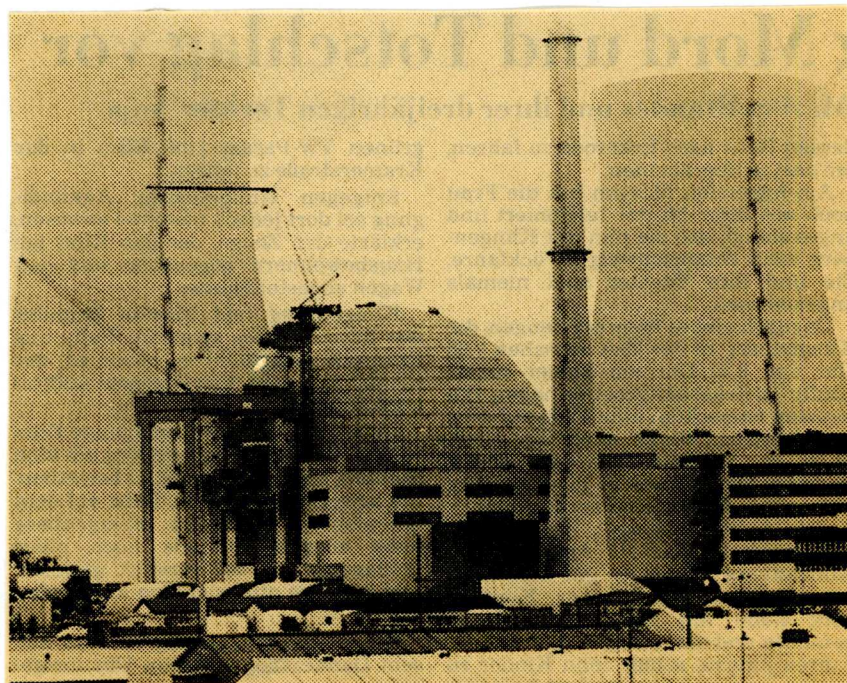
erläutert, es sei eben üblich, daß „nachteilige Wirkungen“ vom Versacher „ausgeglichen“ würden. Im konkreten Fall habe sich der Ausgleichsbetrag eben am notwendigen Einbau der Filteranlagen orientiert.

Die Gefahren, die sie immer abgestritten hat, hält demnach die Preußenelektra selbst für real. Die Lohmann-Pillen mögen sie überstehen — die benachbarte Firma

„Emmerthaler Brot“ muß weiter ohne Filter auskommen: Sie hat sich gegen den Klageweg entschieden. Und für die Menschen in Grohnde und Emmerthal braucht man keine Filteranlagen. Für die hat nämlich der Kreis vier Mercedes-Transporter (à 19 Plätze) angeschafft. Für die Evakuierung, im Fall eines Falles.

Goetz Buchholz

Braunschweiger Zeitung
19. Mai. 1983



Von außen fast fertig ist der Bau des 1300-Megawatt-Kernkraftwerkes in Grohnde bei Hameln, für das mittlerweile alle erforderlichen Genehmigungen bis auf die Betriebsgenehmigung erteilt sind. Die 65 Meter hohe Reaktorkuppel ist jetzt geschlossen. Damit seien die Außenarbeiten abgeschlossen, teilte die Preußenelektra mit.

Nach den Probeläufen soll das Kernkraftwerk im Herbst 1984 erstmals Strom erzeugen. In kleineren Teilschritten soll es dann auf volle Leistung gebracht werden.

Mit den Bauarbeiten zum Kraftwerk wurde im Juni 1976 begonnen. Funkfoto: dpa

T177

16.03.83

Kein Mensch hat was gemerkt ...

Strommast bei Grohnde besetzt

Hannover (taz). „In Deutschland kann man einen Tag auf 'nem Mast sitzen, ohne daß es auffällt!“ Mit diesen Worten kommentierte ein junger Mann aus über 30 Metern Höhe die aktuelle Lage der Republik. Seit Sonntag früh hält er einen Strommast der Überlandleitung besetzt, mit der in nicht allzu großer Ferne das AKW Grohnde ans Netz gehen soll. Seine erste Forderung: „Der französische Botschafter möge kommen!“

Vierzig Kilometer südwestlich von Hannover, kurz nach Ortsdurchfahrt von Hameln kann man schon die beiden riesigen Kühltürme sehen, die den Standort des nach Aufhebung des Baustopps im März 1979 auf Hochtouren gefertigten Atommeilers markieren. Auf einem Strommast, 400 Meter vom Baugelände entfernt, sollen zwei Menschen sitzen, hatte uns ein aufgeregter Anrufer Montagmittag berichtet. Angestrengt suche ich nach Unregelmäßigkeiten in der Stromtrasse. Kleine schwarze Punkte sind zu sehen, in der Leitung, die direkt von der fast vollendeten Betonkuppel des Reaktorgebäudes zu der abseits gelegenen Umspannstation führt. Ob das Menschen sind? Aber hier scheinen alle Masten Punkte zu haben ...

Da! In der Ortseinfahrt von Grohnde, zwei Kilometer hinter der Großbaustelle, wo der unterste Querträger am Mast befestigt ist, verrät ein blaues Etwas die Aktion. In schwindelnder Höhe, auf dem letzten der gewaltigen Masten der Überlandleitung, bevor sie die Weser überquert, ist beim Näherkommen eine solide Holzplattform auszumachen. Darauf eine zeltähnlich Konstruktion aus blauer Kunststoffolie. Etwas Gelbes flattert im Wind, ein Transparent?

„Hallo, ich bin von der taz! Verstehst Du mich? Was kann ich machen?“ Eine Stimme aus dem Gitterwerk über mir weiß Rat. Unter einem Stein liegt eine Botschaft. Aus einem verblichenen blauen Briefumschlag entnehme ich ein Blatt Papier. „Guten Tag, Bonjour!“ steht darauf. „Wen immer Mensch auch gewählt hat, die Regierung hat gewonnen. Das eigene Wissen führt zu Taten, wobei Mittel und Zweck mit dem Ziel übereinstimmen. Bitte um Erfüllung dieser Wünsche: 1. Bitte, der französische Botschafter möge kommen. 2. Bitte, kein Besuch. 3. Bitte, Umgebung freihalten. PS.: Best wishes and good luck für Greenham-Common-Women. PPS.: 'Esther' und 'Theo' (Schweiz). Richtig ist das Ziel. Nur das Mittel Sprengstoff kann auch bei Maßnahmen zum Personenschutz nicht mit dem Ziel übereinstimmen.“ Unterschrieben ist die Erklärung mit „Merci.

Michel Vitalon“. So hieß der französische Lehrer, der bei der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Malville 1977 von einer Gasgranate der Bereitschaftspolizei CRS zerfetzt wurde. In dem Sommer, als hier - nur einen halben Kilometer entfernt - ein „Anti-Atom-Dorf“ blühte. Dort, wo jetzt zwei Kühltürme stehen.

Warum hat eigentlich bis jetzt kein Mensch - weder der Bauer, der unbeirrt den riesigen Acker vor dem Kraftwerksgebäude mit Gift besprüht, noch die Polizei - was von der Aktion mitgekriegt? „Ich hatte genug damit zu tun, den ganzen Kram hier raufzuschaffen“, erklärt die Stimme aus dem Mast. Die Konstruktion in 30 Metern Höhe macht einen sehr robusten Eindruck. Wasser habe er ausreichend mitgenommen, zu Essen brauche er nichts, da er aus Protest in den Hungerstreik getreten sei. Gegen Langeweile sei eine Mundharmonika und auch ein Radio vorhanden, erläutert die fröhliche Stimme von oben. Nur den CB-Funk hat er vergessen, daher jetzt das Problem mit der Verbindung nach unten.

„Kein Arsch hat was gemerkt“, beschwert sich die Stimme über das mangelnde öffentliche Interesse. „Das ist ein Witz, das Ganze, aber ich will es tun!“ Es hat lange genug gedauert, den ungewöhnlichen Zeltplatz einzurichten. Jetzt sei alles fertig und dort oben gut auszuhalten. Wie lange, will ich wissen. „Das kommt drauf an, was die

Psyche sagt“. Eine Woche scheint realistisch.

Nachdem die Forderungen auf Band gesprochen sind - das mit dem Botschafter ist übrigens ernst, dem will er sagen, daß das mit den Atomkraftwerken alle Scheiße ist - verabschiede ich mich. Verspreche noch, bei der Polizei und bei dpa Bescheid zu sagen. Der Mensch im Mast ist guter Dinge.

„Da fahren wir gleich hin“, meint der junge Polizeibeamte auf dem Revier im benachbarten Kirchhohnsen, als ich ihn am Nachmittag auf den Mastbesetzer aufmerksam mache. „Aber raufklettern werde ich nicht. Wenn der da protestieren will, dabei keine Autofahrer ablenkt und solange keine Gefahr für Leib und Leben besteht ...“

Der Pressesprecher der Polizei in Hameln, Herr Winsger, gab sich auch noch am Dienstag gelassen. Man habe mit dem Besetzer Kontakt aufgenommen und ihn von der Gefährlichkeit seiner Aktion zu überzeugen versucht. Bislang allerdings erfolglos. Auch bei der Preußenelektra in Hannover, die Kraftwerksbau und Hochspannungsleitung betreibt, will man abwarten. „Wir haben alle Maßnahmen getroffen, die notwendig waren“, verrät Herr Schüler aus der Vorstandsetage. Die 380-Kilovolt-Leitung sei abgeschaltet worden, Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung gäbe es derzeit nicht. „Jeder hat seinen Strom“. Alles weitere sei Sache der Polizei. wobe